

# Zeit, sich der Realität zu stellen – Green New Deal ist ein Albtraum

geschrieben von Andreas Demmig | 18. Juni 2020

[Hier der Kommentar eines Abgeordneten der Republikaner. In USA ist es Alexandria Ocasio-Cortez, In Europa haben wir Ursula von der Leyen. Wurde Ihnen im ÖR eine Gegenstellungnahme zu ähnlichen Plänen schon mal angeboten? Der Übersetzer]

Ich erinnere Sie daran, dass der Green New Deal GND die Theorie aufstellt, dass wir den Planeten retten könnten, wenn wir teilweise jedes Gebäude in den Vereinigten Staaten ersetzen oder [isolierend] aufrüsten und auf Flugzeuge und fossil betriebene Fahrzeuge verzichten würden.

Studien legen nahe, dass dieser „Deal“ in den nächsten 10 Jahren 93 Billionen US-Dollar kosten würde. Zu diesem Preis ist dies sicherlich kein gutes Geschäft, es ist eine Katastrophe.

Dies würde den durchschnittlichen amerikanischen Haushalt 600.000 Dollar kosten, ganz zu schweigen von den Millionen von Arbeitsplätzen, die verloren gehen würden. Während die Befürworter des GND für die neuen Arbeitsplätze werben, die dieser überwältigende Plan schaffen würde, hat sich die Schaffung grüner Arbeitsplätze in den letzten Jahren im Vergleich zu den rosigen Versprechungen, die für den Verkauf solcher Pläne verwendet wurden, als Luftschloss erwiesen. Selbst Kalifornien hat aufgehört, die Zahl der geschaffenen grünen Arbeitsplätze zu ermitteln. Das, was mich nachts wach hält, ist die Vorstellung, dass dieser Albtraum von Green New Deal Wirklichkeit wird. Dieser Vorschlag ist wie der Verrückte in einem schlechten Horrorfilm, der jenseits jeder Logik immer wieder zurückkommt.

Als Landwirt in der sechsten Generation bin ich der festen Überzeugung, dass wir uns unserer Auswirkungen auf die Umwelt bewusst sein sollten, denn auf dem Land verdienen wir unseren Lebensunterhalt. Ich bin nicht gegen eine verbesserte Energieeffizienz und sauberere brennende Brennstoffe, aber Vorschläge zum Schutz der Umwelt müssen in der Realität begründet sein und die Kosten für hart arbeitende Amerikaner berücksichtigen.

Der Green New Deal ist zweifellos einer der belastetsten, unrealistischsten Vorschläge, die ich je gesehen habe. Wie viele Amerikaner können sich, „eine Kugel Eiscreme“ leisten, wenn diese 600.000 Dollar kostet?

Ich habe tiefe Bedenken, dass der Green New Deal unnötige konstruktive Gespräche verhindern und politisieren würde, die der Kongress und das Land über wichtige Themen wie Infrastruktur oder sauberere Energieerzeugung führen können, wo es viel Raum für realistische Maßnahmen gibt. Unser Ansatz in Bezug auf Infrastruktur und andere Probleme erfordert langfristige, praktikable Lösungen – eine Unmöglichkeit mit hartnäckigen Vorschlägen wie dem Green New Deal, die

auf großen Regierungsmandaten [~durchgreifende Regularien] beruhen. Es ist mir ein Rätsel, warum weit-linke Politiker das Gefühl haben, diktieren, besteuern und bestrafen zu müssen, um ihre sozialistische Agenda durchzusetzen – wenn wir tatsächlich bereits sehen, dass der Privatsektor auf verbraucherorientierte Marktanforderungen nach sauberer Energie und sauberere Technologie reagiert. Wir erleben weiterhin, wie Auto-, LKW-, Zug- und Flugzeugmotoren sauberer, sparsamer werden und bereits alternative Kraftstoffen nutzen. Immer mehr Amerikaner schauen auf diese Dinge und bietet Herstellern und Unternehmen einen starken, integrierten, marktorientierten Anreiz, sie anzubieten.

Dies mag für die Mainstream-Medien eine Neuigkeit sein, aber ein Ansatz, der die Realität erkennt, kann tatsächlich funktionieren. In den letzten Jahren haben wir im Rahmen republikanischer Kongresse ein überparteiliches Infrastrukturgesetz verabschiedet, das sich mit Umweltfragen befasst. Im Jahr 2018 wurde beispielsweise mit dem FAA Reauthorization Act eine Partnerschaft zwischen der FAA [Luftfahrtbehörde] und der Industrie zur Entwicklung energiearmer und emissionsarmer Technologien geschlossen, und der Disaster Recovery Reform Act [Katastrophenhilfe] konzentrierte sich darauf, unsere Gemeinden widerstandsfähiger gegen Naturkatastrophen zu machen. Seit 2014 befassen sich drei Gesetze zur Entwicklung der Wasserressourcen mit Projekten zur Wiederherstellung des Ökosystems, zur Reduzierung des Hochwasserrisikos und zur Minderung des Sturmrisikos. Überparteiliche Vorschläge im Kongress würden jetzt Partnerschaften zwischen Regierung und Industrie vorsehen und Innovationen fördern.

Wenn es um Infrastruktur, Umwelt und andere Themen geht, muss der Kongress weiterhin parteiübergreifende, konsensbasierte Lösungen anbieten, die sicherstellen, dass Staaten, Kommunalverwaltungen und die Privatwirtschaft über die Werkzeuge und die Flexibilität verfügen, um auf ihre spezifischen Bedürfnisse einzugehen und vor allem weiter innovativ zu sein .

Umfassende und unerschwinglich kostspielige Regierungsmandate, die die besonderen Bedürfnisse unserer Gemeinden, das Leben fleißiger Amerikaner und die Funktionsweise der Wirtschaft ignorieren – Vorschläge wie der Green New Deal – haben keinen Platz in der nationalen Diskussion darüber, wie wir vorankommen werden.

Wer anders denkt, muss aufwachen und sich der Realität stellen.

*Abgeordneter Sam Graves, Republikaner aus Missouri, ist ein ranghohes Mitglied des House Committee on Transportation and Infrastructure.*

<https://www.washingtontimes.com/news/2019/sep/9/time-to-face-reality-green-new-deal-is-a-nightmare/>

Übersetzt durch Andreas Demmig

\*\*\*

Zum Thema

**James Bennet, Meinungs-Chef „New York Times“** (NYT) war am Wochenende gefeuert worden, nachdem er einen Gastbeitrag auf der von ihm dort betreuten „Op-Ed“-Seite abgedruckt hatte, in dem der republikanische Senator Tom Cotton – ausdrücklich als „Opinion“ – Argumente für einen

möglichen Einsatz des Militärs gegen die marodierenden Banden und Plünderer im Rahmen der sogenannten „Black Lives Matter“-Proteste vorgetragen hatte.

... aus Sicht deutscher Meinungsmacher wie dem **Spiegel-Redakteur Philipp Oemcke**, der den fraglichen „Debattenbeitrag“ schrieb, ein absolutes Ding der Unmöglichkeit, wenn eine andere, ordnungs- und sicherheitspolitische, objektive Sichtweise auf die Vorgänge in den USA in einer der renommierten Major-Tageszeitungen veröffentlicht wird – und nicht mehr als recht und billig, wenn der verantwortliche Ressortleiter dafür seinen Hut nehmen muss. Denn das Kardinalverbrechen Bennets bestand nicht nur darin, dass er – so Oemcke – einen „Gastbeitrag im Trump-Duktus veröffentlicht hat“, sondern weil er „einem überholten Ideal von neutralem Journalismus nachhing“.

Dieser Meinung schließt sich Georg Restle, bekannt durch MONITOR mit Nachdruck an: „... überholter Journalismus ... und Neutralität im Journalismus, gibt es nicht, gab es nie und wird es nie geben“.

Lesen Sie die ganze Geschichte hier:

<https://www.journalistenwatch.com/2020/06/12/selbst-stalinisierung-journalisten/>

Die Süddeutsche Zeitung übernimmt des Öfteren Artikel der New York Times. Zu vorstehender Angelegenheit wird unaufgeregt berichtet.

<https://www.sueddeutsche.de/medien/new-york-times-meinung-streit-1.4928453>

### **Aktuell: Antifa plante bereits vor Monaten einen regierungsfeindlichen Aufstand**

Aktivisten der linken Antifa- Bewegung planten bereits im November, als die US-Präsidentschaftskampagne ernsthaft begann, einen landesweiten Aufstand gegen die Regierung auszulösen, so ein Polizeibeamter mit Zugang zu Informationen zu der Schattengruppe.

... Nach Angaben von US-Strafverfolgungsbeamten und privaten Sicherheitsexperten hat sich die radikale Bewegung nach gewalttätigen Protesten und Plünderungen im ganzen Land nach dem Tod von George Floyd in Polizeigewahrsam in Minneapolis zu einem zentralen Thema für Ermittler entwickelt.

.. “ Antifas Aktionen stellen einen harten Bruch mit der langen Tradition eines friedlichen politischen Prozesses in den Vereinigten Staaten dar“, sagte der ehemalige Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates, Rich Higgins . „Ihre marxistische Ideologie versucht nicht nur, die Wahlen kurzfristig zu beeinflussen, sondern auch die Verwendung von Wahlen als bestimmenden Faktor für die politische Legitimität zu zerstören.“

<https://www.washingtontimes.com/news/2020/jun/3/antifa-planned-anti-government-insurgency-george-f/>